



inter

helfo

Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union | Ortsgruppe Münster

www.fau.org/ortsgruppen/muenster | faums@fau.org

CallCenter & Co.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Im Mittelpunkt der vorliegenden Ausgabe der Interhelfo stehen Callcenter. Wir haben das so keineswegs geplant, sondern Inhalt der Zeitung sollten eigentlich unsichere Arbeitsverhältnisse im Ganzen sein. Die Beiträge sind zum großen Teil aus persönlicher Betroffenheit entstanden. Mitglieder der FAU oder nahe Bekannte oder Leute aus Gruppen, mit denen wir eng zusammen arbeiten, hatten das Bedürfnis, ihre Arbeitsverhältnisse oder diejenigen von FreundInnen zu vermitteln – daher ist z.B. der Beitrag über Scheinselbstständigkeit abstrakt geblieben: Wir haben kein Mandat, um für diese KollegInnen zu sprechen oder zu schreiben.

Die meisten dieser Bedürfnisse waren in CallCentern zu finden. Ihr findet in der vorliegenden Ausgabe drei Beispiele aus verschiedenen CallCentern. Zwei werden, ausdrücklich durch die AutorInnen so intendiert, namentlich benannt. Der dritte Beitrag, wahrscheinlich die schlimmste beschriebene Klitsche, ist anonym beschrieben, ebenso wie der Beitrag zur Scheinselbstständigkeit, der Er-

fahrungen aus diesem und einem weiteren Betrieb .aufnimmt.

Wir verstehen diesen Wunsch nach Anonymität

vollkommen. Der Kampf für das eigene Recht und die eigene Würde im Arbeitsleben ist unnormaler geworden und hat mehr Repressionen zur Folge.

Wir als FAU stehen nach wie vor dafür, diesen Kampf dennoch aufzunehmen und sind nach wie vor jederzeit auch anonym darauf an-

Eine weitere Möglichkeit ist das Internet-Forum www.chefduzen.de, auf dem ihr euch anonym anmelden könnt, um euch über eure Arbeitsverhältnisse auszutauschen. Wir legen das allen ans Herz, die gute Gründe haben, das Maul am Arbeitsplatz nicht aufzureißen.

„Erst kommt das Fressen, dann die Moral“ steht in Bertolt Brechts Dreigroschenoper. Wir können unsere Arbeitgeber zehn mal Scheiße finden und die Arbeitsbedingungen unter aller Sau. Das Essen muß morgen trotzdem auf den Tisch, und solange wir unseren Lohn von „denen da oben“ kriegen, ist das Verhältnis einfach ungleich und ungerecht. Wenn wir uns wehren, ist das „kriminell“.

Wir haben allen Grund, entsprechende Befürchtungen zu haben. Diese Zeitung versucht, diese berechtigte Angst wenigstens etwas zu nehmen. Es bringt schon was, sie zu lesen und zu diskutieren. Irgendwo müssen wir ja anfangen.

*Es grüßt euch eure
FAU-Ortsgruppe Münster*



sprechbar. Schickt einfach eine

Mail an faums@fau.org. Aber wir können nicht für euch handeln und wollen das auch nicht, denn wir selber sind in der FAU, um gemeinsam unsere Probleme mit dem Kapitalismus zu lösen.

Münsters Call-Center: Zuckerbrot & Peitsche

buw: Hinter den Kulissen eines selbsternannten Saubermanns

Wenn eine Firma fortlaufend und ausdrücklich das Bild der weißen Weste für sich selbst bemüht, erweckt es zwangsläufig den Eindruck eines Rechtfertigungsnotstandes. Er mag dabei von innerer oder äußerer Natur sein.



Diskussionen im Internet zur buw customer care operations lassen erhebliche Zweifel an der Glaubwürdigkeit des selbst gepflegten Images aufkommen: (<http://www.chefdutzen.de/board.php?boardid=63>).

Die Arbeitsbedingungen, kombiniert mit nicht eingehaltenen gesetzlichen Bestimmungen, schaffen ein Klima der Überforderung, welches immer wieder MitarbeiterInnen in die dauerhafte Erwerbsunfähigkeit bringt oder sie therapiereif macht. Der seit Jahren hohe Krankenstand bemisst sich in einigen Projekten auf 50 %. Durch überhöhte Lärmpegel und schlecht klimatisierte Räume am Standort Münster, die z. T. an der mangelhaften Eignung des Gebäudes für diese Art von Arbeit liegen, wird die harte Arbeit im Call-Center noch unnötig erschwert.

Wegen der hohen psychischen und auch körperlichen Belastung schreibt der Gesetzgeber im Stundenrhythmus eine Bildschirmpause bzw. Mischttätigkeit vor, die das Unternehmen aus finanziellen Erwägungen allerdings nicht umsetzt. Andere Call-Center, die in Bezug auf die Auftragsvergabe von Großkunden wie z.B. RWE in direkter Konkurrenz zu buw stehen, haben

diese gesetzliche Vorschrift längst umgesetzt und dies sogar bei geringeren Quotenvorgaben als bei buw. Der Schutz der MitarbeiterInnen kann also auch im Call-Center über der Raffgier stehen.

Versuche von Gewerkschaft, Betriebsrat und Mitarbeitern, auf eine Umsetzung der Regelung hinzuwirken, werden von der Geschäftsführung unter Androhung von Sanktionen abgelehnt. Der Deutschlandfunk zitiert ver.di-Bezirkssekretär Herbert Speemanns in diesem Zusammenhang im DLF-Magazin (<http://www.die-macht-der-worte.de/dlfradiobeitrag-callcenter.mp3>). Er bestätigt, dass: „die Auseinandersetzung immer begleitet war von Drohgebärden. D.h. also, wenn eine Bildschirmpause zustande kommt, würden dafür andere Leistungen gestrichen. Und das bedeutet in der Konsequenz mehr oder weniger die Erpressung so nach dem Motto, wenn ihr etwas wollt, dann werden wir euch entsprechend mit Sanktionen belegen.“

Aus Betriebsratskreisen wird von Sitzungen mit der Geschäftsführung berichtet, in der diese regelmäßig mit cholerischen Ausbrüchen auf die Forderungen reagiert und in denen mit Standortstreichungen gedroht wird, falls derartige Dinge umgesetzt werden.

Das zuständige Amt für Arbeitsschutz gibt sich auf Anfrage unwissend und teilt mit: „dass man nicht den Eindruck habe, dass die Geschäftsführung aus Kostengründen die Bildschirmpause ablehnt.“ Im Übrigen seien bei der Berufsgenossenschaft keine Fälle gemeldet, die belegen, dass bei Mitarbeitern dauerhafte Arbeitsunfähigkeit durch die Arbeit bei buw eingetreten seien. Eine derartige weltfremde Herangehensweise der Behörde fördert sicher eher dieses Verheizen von MitarbeiterInnen, anstatt für die Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen zu sorgen.

Auch sonst geht die Geschäftsführung nicht zimperlich mit kritischen MitarbeiterInnen und dem Betriebsrat um. So berichtet der Deutschlandfunk in o. g. Beitrag, dass in einem Fall 50 000 Euro für Observationen eines Mitarbeiters ausgegeben wurden, der dann fristlos entlassen wurde. Dieser hatte vorher vergeblich versucht, mit Betriebsrat und der Geschäftsführung über Mängel im Betrieb ins Gespräch zu kommen, da der Betriebsrat selbst dieser Aufgabe nicht nachkam. Weiter heißt es: „eine scheinbar übliche Praxis. Auch andere Mitarbeiter bestätigen Observationen ihrer Per-

son durch buw.“ Sogar vor offenen Observationen schreckt man dabei nicht zurück. Der Detektiv zeigt sich in dieser Variante dem Überwachten und folgt ihm in kurzem Abstand. Es wird gewöhnlich genutzt, um den Beobachteten psychisch zu zermürben und Ängste in ihm hervor zu rufen. Bekannt ist das sonst eher von „Moskau-Inkasso“ (Spiegel Ausgabe 38/2004) und als Druckmittel gegen regierungskritische AktivistInnen.

Auch beim Lohn hält sich buw für ein gutes Beispiel der Branche. Schließlich zahlten sie Einstiegsgehälter von sieben Euro, behauptet Karina Eggers, Sprecherin der buw-Unternehmensgruppe in der Schweriner Volkszeitung vom 21. November 2007. Tatsächlich liegen zahlreiche Stellungnahmen vor, die belegen, dass Mitarbeiter in den Oststandorten z. T. nur ca. fünf Euro pro Stunde verdienen. Ein Nutzer des „Forums der Ausgebeuteten“ chefdutzen.de erklärt gar, dass buw dabei noch staatlich subventioniert werde. Er beschreibt, dass dort Praktikanten arbeiteten, die komplett vom Staat bezahlt werden und deshalb „begehrter“ seien als reguläre Arbeitskräfte.

Saubermann der Branche? Nimmt man die gehäuften Klagen über verschwundene Krankenscheine, Willkür-Abmahnungen, protokollierte Gespräche für Nichtigkeiten dazu und den ständigen Druck durch Computer- und sonst.

Überwachungsmaßnahmen am Arbeitsplatz, ist buw wohl eher selbst einer der „unseriöse(n) Anbieter, denen man das Handwerk legen muss.“ vor denen die Unternehmenssprecherin in o. g. Artikel warnt.

Zuckerbrot: D+S

Es ist nicht alles Gold, was glänzt

Ein Call-Center, das mit buw konkurriert, ist D+S. Dass die Arbeitsbedingungen hier unumstritten besser sind, liegt u.a. daran, dass dieses Call-Center bundesweit größer ist. Die Bildschirmpause beträgt bei D+S – für alle Projekte – sieben Minuten, der Lohn ist seit kurzem bundesweit einheitlich (auch im Osten). Die Arbeitsplätze sind größer (ebenfalls laut Bildschirmarbeitsplatzverordnung), Toilettenpausen gelten nicht als Bildschirmpausen. Die Liste wäre fortsetzbar.

D+S erwartet aber sieben Stunden Gratis-Arbeitszeit im Monat von allen fest angestellten ArbeiterInnen, unabhängig von der Stundenzahl: 1,5 Stunden sollen in ein e-learning-Programm investiert werden, 5,5 Stunden sollen quasi ohne Lohn gearbeitet werden. 60 Bildschirm-pausen wären damit pro ArbeiterIn schon ausgeglichen. Nach zwei Monaten gibt es dafür zwar monatliche Prämien (Prepaidkarten für Mobiltelefone, Tankgutscheine etc.). Es muss aber klar sein, dass diese Prämien den Konzern wesentlich weniger kosten – auf einen Tankgutschein fallen keine sog. Lohnnebenkosten an und der Arbeitgeber wird die weitergegebenen Produkte zu einem wesentlich günstigeren Preis bekommen.

Allein das ist für die Arbeitenden schon ein Nachteil: Auf die „Prämien“ - die rechnerisch etwa einen Euro unter dem Einstiegslohn liegen - bekommt man keine Sozial- oder Rentenversicherung, auch keine Krankenversicherungsbeiträge. Ein evtl. anschließendes Arbeitslosengeld (ALG I) würde also z.B. schon mal geringer ausfallen.

Darüber hinaus: Wer Miete bezahlen muss, was zu Fressen braucht oder Schulden abbezahlen muss, kann mit einer Prepaid-Karte oder einem Tank-Gutschein erst mal wenig anfangen. Zumal wenn er oder sie gar kein Auto oder gar kein Mobiltelefon hat. Wer Kinder hat oder auch

nebenbei (oder hauptsächlich) studiert, wer einen zweiten Job hat, dem fehlt eigentlich die Zeit für eine Arbeit. Der Arbeitgeber lässt einem nicht mehr die Wahl, Luxusgüter oder notwendige Güter für die Alltagsversorgung wie Kleidung für Kinder o.ä. zu kaufen.

D+S mag unbenommen das „sozialste“ CallCenter in Münster sein und vielleicht sogar bundesweit. Die Arbeitsbedingungen sind dennoch nicht wirklich erträglich. Dass ein Betriebsrat und scheinbar auch die Mehrheit der im Call-Center Arbeitenden akzeptiert, sieben Stunden im Monat quasi ‚für lau‘ zu arbeiten, heißt einfach nur, dass die Arbeitsbedingungen insgesamt noch unerträglicher geworden sind. Die Interessen von buw und D+S sind dieselben, sowohl was die Kunden, was die zahlenden Konzerne und auch was die ArbeiterInnen betrifft. D+S stellt das wesentlich schlauer an, und das Konzept funktioniert (auch beim Autoren dieses Artikels). Aber wir sollten uns, so nett Vorgesetzte und Chefs sein können, immer in Erinnerung rufen: Wirtschaftlich sind die Interessen der Arbeitgeber und der ArbeitnehmerInnen nicht miteinander vereinbar. Letzten Endes kann D+S einen nur besser verarschen als buw.

Ein Tag im Call-Center



Es gibt ein neues Projekt auf Spanisch. Hurra, ich habe Arbeit für ein paar Wochen, oder vielleicht einen Monat. Im Call-Center arbeiten viele Leute, die meisten sind Ausländer, aber Deutsche gibt es auch, Arbeitslose, Pensionierate oder Studierende (die jetzt Studiengebühren bezahlen müssen). Im Prinzip ist die Arbeit relativ einfach, wir müssen nur anrufen und Fragen stellen, aber wenn du dreihundert Mal die selbe Frage gestellt hast: „Hallo. Guten Tag, Mein Name ist Juan Pérez, Haben Sie Zeit für eine kleine Umfrage“ (auf Spanisch) und die Leute haben immer „Nein, ich bin nicht interessiert“ gesagt, ist das nicht lustig. Manchmal fragen die Leute: „Warum haben Sie meine Telefonnummer? Das ist illegal...“ oder sagen nichts, und hängen auf. Oder schimpfen.

Ich gucke auf die Uhr, ich habe drei Stunden mehr zu arbeiten. Ich muss zur Toilette gehen, aber sehr schnell, denn mehr als zwei Minuten heißt Geld zu verlieren. Aber es gibt auch Projekte, bei denen pro Interview bezahlt wird. In diesem Fall brauchst du Glück, vielleicht kannst du an einem Tag acht, sechs, fünf oder vier Euro pro Stunde verdienen, oder gar nichts, wenn du keine Interviews machst. Es ist sehr relativ.

Ich brauche eine Pause, ich muss essen, ein Brot oder einen Salat. Ich habe etwas gegessen, ich brauche sofort einen Kaffee, es gibt eine Kaffemaschine, (ich drücke immer Cappuccino mit extra Zucker) [Igit!

Anm. des Lektors...]. Die anderen Leute in diesem Raum rauchen, alle rauchen, 80 oder 90 Prozent im Call-Center sind Raucher. Ich gucke auf den Monitor. Der Computer zeigt 30 Minuten Pause an.

Wieder weniger Geld verdient. Ich habe sechs oder sieben Stunden gearbeitet, das ist genug für heute. Meine Augen und meine Ohren sind kaputt, ich kann nicht mehr. Andere Leute arbeiten zwölf Stunden oder mehr. Ich fahre nach Hause, der Weg ist schön, die Bremsen vom Fahrrad sind kaputt und ich habe keine Krankenversicherung, ich muss sehr vorsichtig fahren. Morgen fahre ich wieder ins Call-Center.

Mehr Schein als Selbständigkeit

Lohnabhängigkeit auf Kosten der Arbeitenden

Es ist relativ ungewöhnlich, dass wir einen abstrakten Beitrag ohne Bezug zu einem konkreten Problem oder einer konkreten Theorie schreiben. Besondere Umstände machen das allerdings nötig. Die FAU steht für gewerkschaftliches Engagement, das nicht stellvertretend ist, sondern in dem sich die Leute selber organisieren. Es gibt allerdings – gerade heute – oft den Fall, dass die Leute sich ihrer Lage als Ausgebeutete sehr im Klaren sind, sich aber nicht trauen, damit in die Öffentlichkeit zu gehen. Wenn wir keinen konkreten Anhaltspunkt haben oder die Arbeitenden uns sogar darum bitten, nicht in die Öffentlichkeit zu treten, kommt dann von unserer alltäglichen Arbeit nicht viel ans Licht. Aber es gibt Fälle, in denen wir uns derart aufregen, dass wir uns dennoch äußern müssen. Darum bleibt dieser Beitrag etwas abstrakt. Wir entschuldigen uns dafür.

Ein Beispiel für die Betriebe, die wir hier ansprechen wollen, ist der Betrieb, den Juan Perez in seinem Beitrag beschrieben hat. Dieses wie andere CallCenter zahlen pro Anruf bzw. sogar nur für einen positiven Geschäftsabschluß, manchmal auch einen Grundstock an Hungerlohn.

...wobei Hunger stimmt, Lohn aber nicht. Den bekommt man nämlich dafür, dass man seine Arbeitskraft verkauft. In vielen Klitschen der Kommunikationsbranche bekommt man stattdessen „Honorare“, man ist nämlich selbständig und veräußert seine Arbeitskraft gar nicht, sondern setzt sie selber nach Belieben ein. Man ist also keinE ArbeiterIn (oder Angestellter), sondern, wie es in neoliberaler Diktion so schön heißt „Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft“.

Das ist natürlich Unsinn. Denn ganz offensichtlich arbeiten die Leute nicht unternehmerisch oder für sich, sondern für eine Firma.

„Scheinselbständigkeit“ im juristischen Sinne ist das trotzdem zumeist nicht. Denn diese „UnternehmerInnen der eigenen Arbeitskraft“ könnten ja jederzeit noch eine weitere Arbeit oder Honorarstelle in einem anderen Betrieb annehmen. Ganz findige Firmen haben daher in ihren Honorarverträgen sogar eine Klausel eingebaut, dass ja beide Vertragsseiten sich der Problematik der Scheinselbständigkeit bewusst seien und beide bestätigen könnten, dass es sich hier nicht um eine solche handele.

Das ist blanker Hohn. In vielen Fällen ist es schon die Höhe der Arbeitszeit, die einen weiteren Honorarvertrag verhindert. Es gibt aber auch die Fälle der Selbständigen,

die drei oder sogar fünf Honorarverträge haben – und somit z.B. schon aus organisatorischen Gründen nie Urlaub und kaum Wochenenden. Oder es gibt diejenigen „Prekären“, die neben ihrer Honorartätigkeit umsonst oder für einen Hungerlohn an der Hochschule lehren oder forschen, in der Hoffnung, dort eines Tages Karriere zu machen.

Der Hauptzweck dieser Scheinselbständigkeit – bleiben wir ruhig bei dem Begriff, denn auch wenn er juristisch falsch ist, beschreibt er das Arbeitsverhältnis passend – ist die Einsparung der sogenannten „Lohnnebenkosten“, auch so ein Neusprechbegriff, denn es handelt sich keineswegs um Nebenkosten, sondern um einen rechtlich verbrieften Bestandteil des Lohns (und eben nicht des Honorars). Aber wie dem auch sei: Der Arbeitgeber spart sich durch die Scheinselbständigkeit Steuern und Versicherungsbeiträge. Juan Perez hat in seinem Beitrag ja geschrieben, dass er nicht krankenversichert ist. Das ist eine Ausnahme, in den meisten Fällen versichern die Scheinselbständigen sich selber und müssen dann eben von ihren mageren Honoraren auch noch die komplette Kranken- und Pflegeversicherung zahlen. Ebenso müssen sie sich selber um die Steuern kümmern – allerdings dürfte der Verdienst in den meisten Fällen so gering sein, dass die sowieso nicht anfallen.

Neben den „Lohnnebenkosten“ spart der Arbeitgeber damit auch noch mal in der Personalabteilung, denn den ganzen Papierkram erledigen die Scheinselbständigen ja selber.

Statt einer Personalabteilung gibt es dann eben im Neusprech „Hu-

man Ressource Manager“, die auch nichts anderes machen als Schichten einzuteilen und Scheinselbständige zu gängeln.

Dabei kann man den Begriff „Humankapital“ zwar wunderschön zum Unwort des Jahres 2005 machen, aber eigentlich muss man zugeben, dass das Kapital mit fortschreitendem Alter einfach nur ehrlicher geworden ist: Es geht um die Ware Arbeitskraft, und die steckt in einer „natürlichen Ressource“, dem Menschen. – Der Begriff „Humankapital“ verschleiert dabei allerdings auch den Klassenwiderspruch, indem er deutlich benennt, dass die ArbeiterInnen „Kapital“ haben (womit wir wieder bei den „UnternehmerInnen der eigenen Arbeitskraft“ wären...). Auf die eine oder andere Art und Weise (ökologischer Raubbau oder Nachhaltigkeit) muss aus dieser Ressource eben möglichst viel und möglichst gute Arbeit bei möglichst geringen Kosten herausgepresst werden. Was, nur nebenbei bemerkt, auch die Produktion von Überflüssigen zur Folge hat: Menschen, die keine Arbeit (was nicht schlimm wäre) und kein Auskommen (was eben schlimm ist) haben, die nicht mal als „Reservearmee“ gebraucht werden.

Der findige Unternehmer spart aber noch mehr ein mit seinen Selbständigen: Zeit. Denn bezahlten Urlaub (oder gar: Urlaubs- und Weihnachtsgeld, wo kämen wir denn da hin?) bekommt der/die Scheinselbständige natürlich auch nicht.

Kurz und gut: Der Unternehmer befreit sich von allen Pflichten und die Scheinselbständigen von allen Rechten. Das gilt weiterhin z.B. für einen rauchfreien Arbeitsplatz, für

Pausenregelungen (etwa für die, die doch rauchen wollen – aber wer nimmt schon eine Pause, wenn er dadurch seine Quote nicht schafft?), oder etwa für die gesetzlichen Vorgaben an einem Bildschirmarbeitsplatz. Und nicht zuletzt für das Koalitionsrecht, sprich das im Grundgesetz verbrieftete Recht, Gewerkschaften zu gründen.

Letzteres wäre gerade in diesen Klitschen von Wichtigkeit. Denn die ganzen „Unternehmer ihrer Arbeitskraft“ haben ja mit den anderen „Unternehmern ihrer Arbeitskraft“ nichts mehr zu tun: Man trifft sich zufällig in dem Großraumbüro, in dem man seinen Aufträgen nachgeht und hofft, dass die anderen nicht die Quote (sprich: den Akkord) kaputt machen. Die Scheinselbständigen nehmen sich als Konkurrenz wahr.

Daß die Scheinselbständigkeit auch für den Arbeitgeber Nachteile hat, wird meist von beiden Seiten ignoriert oder gar nicht bemerkt. In Kürze: Ein (Schein)Selbständiger hat keinen Chef. Wann, wo und wie die Honorartätigkeit ausgeführt wird, bleibt in der Entscheidungsgewalt des Scheinselbständigen. Der Auftraggeber ist nicht weisungsbefugt. Dieser Riss im System des Kapitalismus ist aber nur begrenzt nutzbar, denn die Tätigkeit hängt meist nicht nur von der „Humanressource“, sondern auch von den Produktionsmitteln ab: Telefone mit Headsets, Computer mit bestimmten Programmen usw. Darüber hinaus treibt der versteckte Akkord (die Zahlung pro Anruf bzw. pro Abschluss) dazu, die Arbeit so durchzuführen, wie der Arbeitgeber sich das vorgestellt hat.

Wer also glaubt, er/sie wäre selbstständig freier als in der klassischen Situation des Arbeiters, hat sich geschnitten. Ganz im Gegenteil: Die mageren paar Rechte, die den Arbeitenden zugestanden werden, sind den Selbständigen verbaut. Wenn sich der Arbeitgeber auch noch als solcher gebärdet und z.B. Abmahnungen verteilt (wenn er nicht direkt rauswirft, was er in diesem Fall ja kann), ist das mindestens ein Fall für den Anwalt. Aber eigentlich nur noch ein Argument für den Umsturz des Systems.

Protest gegen Leiharbeitsmesse in Münster

Wider der Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse

Ca. 30 Personen demonstrierten am Vormittag des 18. Oktober in Münster gegen eine Leiharbeitsmesse in der Halle Münsterland. Die ARGE Münster (Arbeitsgemeinschaft Arbeitsagentur und Sozialamt der Stadt Münster) hatte die Messe ausgerichtet und ca. 2.500 Erwerbslose unter Androhung von Sanktionen dazu eingeladen.

Die Protestierenden machten per Megaphon auf die Missstände in der Leiharbeitsbranche aufmerksam und führten ein spontanes Theaterstück auf, in dem die Veranstaltung als Sklavenmarkt karikiert wurde: Arbeitslose wurden an einem Strick durch die Halle geführt und versteigert. Der WDR filmte diese Aktion, bis die Veranstalter die AktivistInnen

des Raumes verwies. Vor der Halle Münsterland wurden Flugblätter verteilt, die Niedriglöhne in der Leiharbeitsbranche und die Kooperation der Arbeitsagenturen mit der Leiharbeitsbranche kritisierten. AktivistInnen des Internetforums www.chefduzen.de und der FAU Münster verteilten die so eben erschienene 1. Ausgabe der Zeitschrift

„Leihkeule“. Abgerundet wurde die Aktion durch einen Auftritt des Berliner Liedermachers Geigerzähler mit Texten zum Thema.

Von Arbeitsagenturen durchgeführte Leiharbeitsmessen mit Zwangseinladungen für Erwerbslose gab es bereits in diversen anderen Städten. Die Arbeitsagenturen präsentieren dies als Service sowohl gegenüber

Arbeitgebern wie auch den Arbeitslosen. Die Zeitarbeit gilt als „Wachstumsbranche“, die vermeintlich Arbeitsplätze schafft. Oft werden hier Arbeitslose, deren Chancen auf einem ersten Arbeitsmarkt gering sind, nur zeitweilig zu Niedriglöhnen zwischengeparkt, bevor sie wieder in die Arbeitslosigkeit zurückfallen. Durch die viel geringeren Lohnkosten in der Leiharbeitsbranche wird ebenso Lohndruck auf den ersten Arbeitsmarkt ausgeübt. Die Branche trägt damit wesentlich zu einem ständig wachsenden Niedriglohnsektor bei, in dem die Lohnarbeit kaum zur Sicherung des Lebensunterhalts ausreicht.

Grüne Post, rote Post, gelbe Gewerkschaft

Gegen sich selbst protestieren

Ich habe nicht schlecht gestaunt, als ich Anfang Oktober 2007 die Zeitung aufschlug und dort einen Bericht über eine Demonstration gegen den Mindestlohn bei der Post (Berlin, 9. Oktober) fand. Das wäre noch verständlich gewesen, hätte es sich um einen Haufen Unternehmer gehandelt. Es handelte sich aber um „400 bis 1000 Mitarbeiter der privaten Post-Firmen PIN, Blitz-Kurier, City Brief Bote und TNT [...]“. Auf dem Farbfoto dominierte das grün von „PIN“, Transparente verkündeten „Kein Monopol über Mindestlohn“ und „Lieber Lohn und Brot ... statt Monopol und tot.“

Die bunten BriefdienstleisterInnen würden durch einen Post-Mindestlohn ihre Jobs gefährdet sehen, behauptet meine Zeitung, die durch halb nackte Frauen auf der Titelseite bekannt ist und im übrigen selber am Briefzustelldienst „PIN“ in Berlin ihr beteiligt ist.

Das ist aus mehreren Gründen habebüchener Unsinn. Erstens fällt das Post-Monopol sowieso demnächst, die KollegInnen demonstrierten also für etwas, was eh' eingeführt wird. Zweitens handelt es sich bei den genannten Betrieben im offiziellen Sprachgebrauch nicht um „Post“, sondern um Kurierdienste. Für die gilt der Mindestlohn (leider) ja gar nicht. PIN, Brief und Mehr und wie sie alle heißen können fröhlich weiter ihren Lohn drücken. Kurz und knapp: Die gelben DemonstrantInnen der roten und grünen Firmen protestierten dagegen, dass die KollegInnen der gelben Post mehr Geld bekommen als sie. Das

erinnert an das Gejaule der DGB-Gewerkschaft transnet (die als einzige Gewerkschaft für die Privatisierung der Bahn votiert), die es „unsolidarisch“ findet, das die GDL (Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer) 31 Prozent mehr Lohn fordert. Unsolidarisch ist aber, dass transnet – im Gegensatz zu Ortsgruppen von ver.di und IG Metall (siehe www.bahnstreik-soli.de) diese Forderungen nicht unterstützt bzw. selber erhebt.

Genau so sind die grünen, roten und sonst wie farbigen Briefträger nicht solidarisch mit ihren gelben KollegInnen. Aber nicht, weil sie nicht wollten, sondern weil sie nicht anders können: Man muß sich fragen, wer diese Demonstration organisiert hat: Eine Gruppe von fahrradfahrenden BriefträgerInnen oder ihre Chefs? Die Demonstrationszeit war schlicht und einfach Arbeitszeit und die Demonstration Dienstabweisung. Nicht zur Demo zu gehen,

hätte mindestens eine Abmahnung, wenn nicht eine Kündigung zur Folge gehabt.

Anstatt sich vor den Karren ihrer Arbeitgeber spannen zu lassen wie die gelbe Gewerkschaft AUB vor jenen von Siemens (die waren aber auch besser bezahlt, Anm. des Abtippers), sollten sie sich einfach bei der gelben Post bewerben. Dann würden sie auch in den Genuß eines erträglichen Lohnniveaus kommen oder aber - noch besser - sich organisieren und für einen entsprechenden Lohn bei den bunten Postdienstleistern kämpfen. Dann gibt's vielleicht nicht nur trocken Brot, sondern auch mal Butter dazu.

Anm. nach Abschluß des Artikels: Wenige Tage nach der erwähnten Demonstration gründete sich die „Gewerkschaft der Neuen Brief- und Zustelldienste“ (GNBZ). Gelber kann eine Gewerkschaft kaum sein. Es ist mehr als deutlich, dass



„Postanarchist“

diese Gewerkschaft eine Briefkastengewerkschaft ist, die quasi nur virtuell existiert und in keiner Weise die Interessen der ArbeiterInnen vertritt. Gründer der GNBZ ist der Briefzustellerband NBZ und insbesondere die vom Axel-Springer-Verlag angeführte PIN-Group.

Anm. Zwo: Um so unerträglicher ist es, dass die Münsteraner Hochschulen und Ämter ihren Postversand vollständig auf diese privaten Briefzustelldienste umgestellt haben. Nahezu ein Treppenwitz ist es, dass überregionale Post dann vom Briefzustelldienst an die gelbe Post weitergeleitet wird. Scheint sich zu lohnen, diese Form der Ausbeutung

Eine Fahrradfabrik in Selbstverwaltung

In Nordhausen haben ArbeiterInnen die Produktion selber in die Hand genommen

Wir erleben derzeit eine zunehmende Prekarisierung unserer Arbeits- und Lebensverhältnisse. Nicht, dass es im Kapitalismus so etwas wie gesicherte oder garantierte Arbeitsplatzverhältnisse geben würde. Das einzige, was den Meisten sicher ist, ist ihre Lohnabhängigkeit. Aber das Ausmaß an systematisch kurzfristig lösbaren Beschäftigungsverhältnissen nimmt stetig zu.

Da erscheint die Meldung, dass im Thüringischen Nordhausen, ArbeiterInnen ihre von der Schliessung bedrohten Fahrradfabrik besetzt haben und diese nun als selbstverwalteten Betrieb fortführen, sensationell.



Als am 30. Juni diesen Jahres bekannt gegeben wurde, dass das thüringische Fahrradwerk in Nordhausen aus Rentabilitätsgründen geschlossen werden soll, waren 135 Beschäftigte von der Arbeitslosigkeit bedroht. Als klar wurde, dass keine Investoren für die Firma gefunden werden würden, besetzten die ArbeiterInnen kurzer Hand das Werk am 10. Juli. Der US-amerikanische Finanzinvestor Lone Star hatte im November 2005 die Firma neben dem Werk in Neukirch erworben. Das Werk in Neukirch wurde Ende 2006 ohne jeden Widerstand der 230 köpfigen Belegschaft geschlossen. Als das Gleiche der nordhausener Fabrik widerfahren sollte und auch die Forderungen der Beschäftigten nach einer Aufstellung eines Sozialplans, der Einrichtung einer Auffanggesellschaft und die weitere

Prüfung von Möglichkeiten des Arbeitsplatzerhalts von der Arbeitnehmerseite ausgeschlagen wurden, entstand die Idee der Selbstverwaltung des Werkes. Angeregt von der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaftsinitiative FAU wurde das Projekt „Strike-Bike“ ins Leben gerufen: In einem zunächst symbolischen Akt werden 1.800 Fahrräder dieser Marke in vollständiger Selbstverwaltung geplant, organisiert und produziert. In der Folge wurde eine international angelegte Kampagne zum Vertrieb der Fahrräder gestartet. Die Resonanz war überwältigend: Nach knapp einer Woche gab es bereits ca. 1.500 Bestellungen aus Deutschland, Griechenland, Italien, Spanien, Großbritannien, Irland, Belgien, Luxemburg, Österreich und der Schweiz.

Die Freie ArbeiterInnen Union legte

im Rahmen der Kampagne eine Webpräsenz für „Strike-Bike“ an. Bundesweit engagierten sich Menschen, indem sie die lokalen Fahrradläden abklapperten und für das Projekt warben. Es gab Veranstaltungen, Versteigerungen und Plakatierungen. Alternative Medien berichteten und zeigten sich solidarisch. Die meisten Bestellungen von Fahrrädern waren schließlich Sammelbestellungen von sozialen Kollektiven und Gruppen. Der Kampagne von unten folgte eine beachtliche Aufmerksamkeit der bürgerlichen Medien wie Spiegel-Online, Tagesthemen, TAZ

und sogar der rechts-konservativen Zeitung „Die Welt“. Auch die IG Metall, die bis zuletzt versucht hatte, die Beschäftigten von der Selbstverwaltung abzubringen, schwenkte kürzlich um. „Sie sprang mit auf den Zug auf, der ihr wie gewohnt davonzufahren drohte.“ wie die alternative Internetplattform „Indymedia“ trefflich anzumerken mußte.

Ob „Strike-Bike“ ein Projekt mit Symbolcharakter bleibt, oder ob das Fahrradwerk Nordhausen bald wieder unter der Fuchtel eines Investors steht, ist offen. Sicher ist, dass das Projekt und die Kampagne vielen Menschen Mut gemacht hat und zukünftig Vorbildcharakter für Betroffene in ähnlichen Situation haben könnte, wie aus sämtlichen Briefen und Anrufen, die in Nordhausen eingegangen sind, hervor geht.



Die Bahn kommt krass

... oder auch nicht... denn die Gewerkschaft kommt krasser

Seit nahezu einem halben Jahr, sich überschneidend mit dem Streik-Debakel bei der Telekom, schwebt wie ein Damokles-Schwert das Gespenst eines Bahn-Streiks über uns. Angezettelt wurde dieser von der GDL, der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer. Immer mal wieder fallen Züge aus, dann wieder doch nicht, weil irgendein Gericht gesagt hat, das nicht gestreikt werden darf.

Die andere Bahn-Gewerkschaft, die im DGB organisierte transnet, findet das unfair oder sogar unsolidarisch. Sie selber hat gemeinsam mit der GDBA im Juli 2007 eine Lohnerhöhung um 4,7 Prozent ausgehandelt. Die GDL dagegen fordert 31 Prozent und weicht keinen Schritt zurück.



Die GDL, eine der ältesten Gewerkschaften und gleichzeitig eine sehr konservative, lässt Politik und Wirtschaft erzittern. Die Medien jaulen über so unmässige Forderungen, die die Volkswirtschaft massiv bedrohen würden.

Das Lustige dabei ist: Jeder Streik bedroht die Wirtschaft, das ist genau sein Sinn und Zweck. Es ist kein Zufall, dass gerade die GDL so ein Bohei machen kann. Denn sie haben die Möglichkeit, einen Kernbereich der Ökonomie lahmzulegen. Wenn Gerichte und Politik da einschreiten, bedeutet das nur eins: Die weitere

Reduzierung des in Deutschland sowieso schon massiv eingeschränkten Streikrechts.

Ob die GDL nun konservativ oder linksradikal ist, ist im Endeffekt Wurscht. Ihre Mitglieder wissen, was sie wollen und sie wissen, wie es zu erreichen ist. Die bundesrepublikanische Panik, die teilweise von Gewerkschaften geteilt wird, ist standortnationalistisch.

Natürlich ist es ärgerlich, wenn ich einen Zug nicht bekomme, weil der Lokführer streikt. Aber genau das ist der Zweck eines Streiks: „Schaut, ihr kommt ohne unsere Arbeit nicht

derung, die mit 31 Prozent erst mal hoch klingt.

Das ist sie aber nicht. Brutto würde der Lokführer 600 Euro mehr bekommen. Das reicht vielleicht gerade, um eine Familie zu ernähren. JedeR, der/die einen prekären Lohn bekommt, kann die Lohnforderung nachvollziehen, wenn nicht diese hohe Prozentzahl genannt wird, sondern das, was hinten bei rumkommt. Das Problem ist nicht, dass die Lokführer zu viel fordern, sondern dass alle anderen Gewerkschaften massiv zu wenig fordern.

Darüber hinaus ist es aber auch nahezu eine Unverschämtheit, mit aller Regelmässigkeit die Forderungen der GDL auf den Lohn zu reduzieren. Tarifverträge beinhalten mehr als nur den Lohn, auch die Arbeitsbedingungen sind Bestandteil.

Wir wollen nur kurz zwei Aspekte benennen: Erstens sind die Arbeitszeiten der Lokführer eine einzige Zumutung. Den Druck, den das ständige Pendeln macht, darf man nicht unterschätzen. Lokführer schlafen mal kurz fünf

Stunden in irgendeiner Stadt, um dann in einer andere zu fahren. Ein Privatleben, das auch FreundInnen mit einschließt, wird damit äußerst schwierig.

Zweitens: Statistisch überfährt jeder Lokführer während seiner Lebensarbeitszeit zwei Menschen, in Ballungsgebieten wie dem Ruhrgebiet sogar vier. Die GDL fordert auch eine entsprechende Betreuung der betroffenen Lokomotivführer.

Dafür warte ich gerne eine Stunde auf eine Zug. Mehdorns Ausreden sind bei weitem schlechter. Und ob die Mitglieder der GDL nun SPD oder CDU

wählen, ist uns auch egal. Wichtig ist: Sie kriegen den Arsch hoch. Und dafür bekommen sie nur an zweiter Stelle Solidarität von uns, an erster Stelle aber: Respekt.

aus. Honoriert sie entsprechend.“

Und die Lokführer haben damit nicht nur in dem Sinne recht, das jeder Streik für bessere Arbeitsbedingungen legitim ist. Medien, Politik und Wirtschaft reduzieren den Streik gerne auf die Lohnfor-

**Ausgehtipp:****Baracke**

Nachdem das Barackenplenum angekündigt hat, die Organisation des Schuppens an der Scharnhorststraße 100 am Aasee zum Januar 2008 anzugeben, sind wir erfreut zu hören, dass sich die Fachschaften Soziologie und Politik mit zukünftigen Kulturgruppen auf mehr oder weniger auf ein Konzept geeinigt haben. Man kann also auch zukünftig die Baracke, die 2007 zehn Jahre alt geworden ist, besuchen. Wenn alles gut läuft, sogar mit einem vielfältigeren Programm. Die FAU freut sich auf den Kaffee am Nachmittag, die sozial relevante Veranstaltung am Abend und das Konzert am Wochenende.

**Buchtip:****Was hätten wir in den 70er Jahren gemacht?**

Logisch: Wir hätten nicht wie die RAF oder die Bewegung 2. Juni zu den Waffen gegriffen, sondern wir hätten gestreikt. Alle Welt weiß von linksradikalen militanten Gruppen, die den Kapitalismus mit Waffen schlagen wollten. Und gerade zum 30. Jubiläumsjahr des „Deutschen Herbstes“ wimmelt es von Büchern und Filmen. Ist uns egal. Viel spannender ist die Doktorarbeit von Peter Birke zu wilden Streiks im Wirtschaftswunder. Die gab es nämlich auch, und gerade in den frühen 70er Jahren eine europaweite Streikwelle. Peter Birke vergleicht das wilde Streikgeschehen Deutschland und Dänemark von seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die 70er Jahre. Und keine Angst: Das nennt sich zwar Doktorarbeit, ist aber trotzdem ein kurzweiliges Buch...

Birke, Peter 2007: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark. Frankfurt a.M.

**Plattentipp:****Mal wieder auf die Barrikaden**

Daddy Longleg sind ein Punk-Urgestein aus dem Münsterland: Seit 17 Jahren machen die vier Ur-Münsterländer miteinander Musik. Und das merkt man: Professionelle Bands können sich da durchaus hinter verstecken. Die neue Scheibe heißt „Barricadas“. Aber nicht nur aus dem Titelsong „A las Barricadas“ aus der Spanischen Revolution 1936 strömt der revolutionäre Pathos. Unsere Lieblingszeile: „We are the Workers, we know what's going on, we shall know how to organize“ („Crime“). Aber auch wenn einem Songtexte egal sind und Punk eigentlich das Ding: Kaufen und anhören! Und zwar im Don Quijote, im Infoladen Bankrott oder per Mail an falling-down@gmx.de

Termine**Mittwoch, 19.12.2007 | Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57 | 20.00 Uhr „Genosse Student?“**

Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der größten Studierendenproteste in der Geschichte der BRD erzählen Dabeigewesene, wie es damals war, jüngere, wie es danach war und wie es heute ist und abschließend haben wir einige Vorschläge, wie die Studierendenproteste der Zukunft aussehen sollten – nämlich gewerkschaftlich.

Alle Termine, Aktuelles und ein umfangreiches Textarchiv findet ihr auf unserer Homepage

www.fau.org/ortsgruppen/muenster/static

News in Blogform präsentieren wir euch auf

www.myspace.com/muenster_prollt

Und wenn ihr uns erreichen wollt

faums@fau.org

Präsenzzeit im Interkulturellen Zentrum Don Quijote

Jeden Mittwoch 12.00 – 14.00 Uhr

Regelmässige Treffen

Arbeitstreffen am 2. Mittwoch im Monat 20 Uhr, offenes Diskussionstreffen am 4. Mittwoch im Monat, 20 Uhr (außer im Dezember, das ist Weihnachten...) im Don Quijote, Scharnhorststr. 57.

